

Helmut Schorr

Die Autorität der Parteien

Zur Akzeptanz intermediärer Politik in der Bundesrepublik

Unter den vielfältigen Belastungen, denen die politischen Strukturen der Bundesrepublik gegenwärtig ausgesetzt sind, erweisen sich zwei immer deutlicher als besonders charakteristisch für die permanente Regierbarkeit unseres Gemeinwesens: die klassische Interessenorientierung einer Industriegesellschaft mit Organisationsstrukturen, in denen das herkömmliche Leistungsprinzip in einem Rechtfertigungsritual zwischen Mitgliedschaft und Vorständen besteht, legitimiert durch die Kampfmoral der Führungsgruppen bei der Wahrung von Besitzständen im ausblicklosen Tal einer Wirtschaftskrise. Diese bringen aber zugleich ein System von Machtfaktoren mit beträchtlicher Erfahrung bei der Lösung von Konflikten und damit relative Berechenbarkeit ein. Die zweite, noch weithin ungeformte Einflußgröße zeigt sich in dem wachsenden Bewußtsein von den Möglichkeiten der direkten Einflußnahme des Bürgers in einer offenen Gesellschaft. Politische Einsicht, Erfahrungen und Organisierbarkeit großer Teile dieses Publikums sind ebenso begrenzt und unsicher wie seine Zielvorstellungen. Es operiert noch in einer Vorstufe der Organisation oder in deren erster Phase mit repetitiver Spontaneität in lockerer Ordnung mit Hilfe relativ schwacher Führungsgremien in einer Vielzahl sehr differenzierter Bürgerinitiativen.

Parteien in einer Funktionskrise?

Herkömmliche und neue Belastungen beziehen sich gleichermaßen auf wesentliche Funktionen der in den Parlamenten vertretenen Parteien. Sie sind nach ihrem eigenen Selbstverständnis und nach dem Willen des Grundgesetzes sowohl öffentlich-gesellschaftliche als auch Verfassungsinstitutionen. Als Institutionen repräsentieren sie eine durchaus definierbare Vielfalt von Werten, Maximen und routinemäßigen Praktiken, die durch innere (Satzung, Programm und Geschäftsordnung) und äußere Kontrolle (Parteiengesetz, Wahlgesetze) gesichert sind, in ihrer Meinungs- und Willensbildung über die konkrete Gruppe hinausgehen und für ihre Mitglieder eine gewisse moralische Intensität der Beteiligung eröffnen.

In ihrer öffentlich zugängigen gesellschaftlichen Funktion und mit der spezifischen Charakteristik von Volksparteien müssen sie die auf ihren Meinungs- und

Willensbildungsprozeß von innen und außen einwirkenden Interessen an den eigenen Maximen und vor allem am Gemeinwohl orientieren und auf dem Weg des Kompromisses zum Ausgleich bringen. Wenn sie dabei zu der einen oder anderen Gruppe hin tendieren, ohne deren Wünsche hinreichend zu erfüllen, so ist dies ein grober Maßstab für ihre Eigenständigkeit. Über tendenzbildende Kompromisse hinaus gelingt die *dauerhafte* Integration von Interessen nur partiell. Das im Parteiprogramm vorgegebene Gesellschaftsbild bleibt dadurch entweder unscharf oder es bleibt bei einer hingenommenen Diskrepanz zwischen Werten und Maximen und den politischen Handlungsrealitäten. Wichtige Stellgröße ist dabei der Abstand von Interessenträgern in der Funktion der Amtsinhaber, kommunalen Vertreter und Abgeordneten, aber auch als mehrheitsbildende Mitglieder und Delegierte, von der jeweiligen Interessengruppe oder von ihrer Partei im Sinn der Gemeinwohlorientierung. Hält man sich zu nahe an die eigenen und Gruppeninteressen und behindern sich die Interessen gegenseitig, so schlägt personell die Gunst der Stunde oft einem Dritten, und dies ist dann meist ein Beamter. Aber davon will man nachher nichts mehr wissen.

Gegenüber dieser relativ gut eingeübten Praxis weist die Funktion einer Verfassungsinstitution den Parteien ihren Wirkungsort im zwischenstaatlichen Bereich zu. Sie sind nach Art. 21 GG, wie Konrad Hesse richtig feststellt, nicht legitimiert, „sich überall dort einzuschalten..., wo Staatsgewalt ausgeübt wird“¹. Wohl aber sind sie unverzichtbar bei der Heranbildung und der Auslese von Führungspersonal und bei der Aufstellung und Propagierung von Kandidaten und, über sie und das von der Partei getragene Programm, im Kampf um die Mehrheit, ohne die eine handlungsfähige Regierung nicht zustande käme.

Ebenso wichtig aber ist ihre intermediäre Funktion im informellen Bereich. Rechte und Pflichten aus der Verfassung abzuleiten, sie zu interpretieren und mit realem Leben zu erfüllen, das Wollen von Regierung und Opposition durch Information, Kritik und Interpretation des Widerspruchs verständlich zu machen und ihre Mitglieder zu politischer Kommunikation mit den Bürgern zu befähigen, all dies gehört zum politischen Netzwerk eines freien sozialen Gemeinwesens, das von den Parteien immer wieder neu geknüpft und ergänzt werden muß. An diesem „Funktionsbild des Möglichen“ muß sich ihr Handeln orientieren. Dabei wird die Aufgabe der politischen Kommunikation zwischen den Mitgliedern der Parteien und den politisch nicht gebundenen Bürgern durch die insgesamt seit vielen Jahren ansteigenden Mitgliederzahlen als besser lösbar angesehen werden müssen. Dazu einige statistische Angaben, zunächst die *Mitgliederzahlen der Parteien*²:

	CDU	SPD	CSU	F.D.P.
Anfang 1970	303 532	778 945	107 252	58 702
Anfang 1980	682 781	998 000	169 248	83 000

Als quantitatives Indiz bei der Beurteilung der Chancen unmittelbarer verbaler

Kommunikation ist hierbei das *Verhältnis der Zahl der Mitglieder der Parteien zu ihrer Wählerschaft* (Zweitstimmen Bundestagswahl 1980) interessant (abgerundete Zahlen)³:

Partei(en)	Mitglieder	Zweitstimmen	Mitglieder: Zweitstimmen
CDU/CSU	852 000	16 900 000	5%
SPD	998 000	16 260 000	6%
F.D.P.	83 000	4 030 000	2%

Das Aufklärungspotential der Mitgliedschaft zu nutzen, ist nicht nur erfolgversprechend und notwendig, sondern auch teuer. Seit den Regierungen des Bundes und der Länder im Hinblick auf Parteilichkeit und Tendenz deutliche Grenzen bei der Propagierung ihrer Politik auferlegt sind, muß dieser Aufgabenkomplex ausschließlich auf einer schmalen bürokratischen Basis organisiert und damit personell und sachlich finanziert werden. Die Bemühungen auf diesem Kommunikationsfeld reichen vom Schrifttum (leicht umsetzbare Argumentationskarten, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren) über die normale Mitgliederversammlung mit Kurzreferaten und Diskussionen, fachliche Arbeitskreise und Tagungen bis zu Kursen und Seminaren. Obwohl diese Aufgaben im Hinblick auf den verfassungsbezogenen Auftrag der Parteien unverzichtbar sind, müssen die Kosten von den Parteien allein getragen werden.

Die Aufbringung der dafür erforderlichen Mittel, die dabei vorgegebenen gesetzlichen Begrenzungen und die demgegenüber angewandten Umgehungsstrategien beeinträchtigen die Autorität der Parteien und sind ein immer wieder aufflammender Dauerbrenner der veröffentlichten Meinung, die dies je nach Personen- oder Parteibezug teils hämisch, teils sachlich darstellt. Zwei Aspekte läßt die Kritik angesichts eines vorprogrammierten Fehlverhaltens völlig außer acht: Die im Hinblick auf den verfassungsbezogenen Auftrag notwendige Kompatibilität der zu leistenden Aufgaben und die Aussichtslosigkeit, jene fünf Prozent Mitglieder, die je nach Engagement sowieso bereits manche zusätzlichen Kosten tragen, etwa durch Verdoppelung ihrer Beiträge zu einer zusätzlichen Leistung im Interesse der übrigen 95 Prozent der Wählerschaft zu gewinnen.

Unter den Parteien selbst ist das Funktionsbild und sind die daraus sich ergebenden Aufgaben nicht umstritten. Selbst die Diskussion um das sogenannte imperative Mandat ist im Prinzip verstummt. Lediglich bei den Grünen und in Anklängen im Praxisverständnis der Berliner F.D.P. gegenüber den „Abtrünnigen“ im Abgeordnetenhaus versuchen noch einzelne Gruppen oder Teilorganisationen in aktuellen Notsituationen, ihre Abgeordneten durch Beschlüsse von Partei- oder Gruppengremien unmittelbar zu steuern.

Die öffentliche Meinung über die kommunikativen Aufgaben der Parteien ist dagegen wesentlich unsicherer und in der Regel nicht weit davon entfernt, Parteien in der Nähe von privaten Vereinigungen anzusiedeln, die sich im wesentlichen

selbst genügen, und nicht, wie es geboten erscheint, als Institutionen, ohne die wesentliche Organe der Verfassung keine reale Gestalt annehmen könnten.

Belastungen der Autorität

Die industrielle Gesellschaft der 80er und 90er Jahre ist in vielen Lebensbereichen einem raschen Wandel unterworfen. In eben diesen Bereichen ist eine aktuelle Antwort auf die Frage, was oder wer Autorität hat, schwierig und in manchen, vor allem technischen Fachgebieten einschließlich ihrer gesellschaftlichen Bewertung der Dialektik den „Eingeweihten“ überlassen oder von ihnen okkupiert, und nicht einmal dies wissen wir manchmal wirklich sicher. So ist es nicht verwunderlich, daß Autorität als Realität und als Begriff Schwankungen, Fehlinterpretationen und schließlich, partiell und gelegentlich sogar experimentell, so in einigen Berliner Kinderläden, grundsätzlicher Ablehnung anheimfiel. Wenn hier von Autorität die Rede ist, so nicht in jener breiten Begrifflichkeit des englischen „authority“, sondern in der klareren Interpretation der lateinischen „auctoritas“ und deren konkreterem Funktionsbezug auf den Senat des alten Rom, und dies bedeutet vor allem Würde, Ansehen und im modernen Sinn eine zuerkannte, immer neu erworbene Autorität. Von ihr weiß man, daß sie vielen Schwankungen ausgesetzt ist. Kann man sie als vorhanden betrachten, so beruht sie auf dem Situationsbezug, der Selbstdisziplin und der Selbstkorrekturbereitschaft und -fähigkeit der Autoritätsträger.

Der gesellschaftliche Wandel verändert die Prioritäten in den Wertbezügen. Dadurch erscheint die Autorität einer Person, einer Zielvorgabe oder einer mit einem Programm identifizierbaren Gruppe relativ flüchtig und ständig gefährdet. Ein Autoritätsträger kann heute hochangesehen und morgen von allen verlassen sein. Dies hat seine Ursache aber auch in der stark ausgeprägten funktionalen Charakteristik der meisten heutigen Autoritäten, die auf einer Erwartungshaltung des ständigen Fortgangs und relativ hoher Effizienz gesellschaftlicher und vor allem wirtschaftlicher Entwicklungen beruhen. Daraus folgert, daß hier das Erscheinungsbild profihafter Sachverständigkeit, legitimiert durch akzeptable soziale Wertbindungen, weit im Vordergrund der Akzeptanz steht. Heinz Hartmann meint zu diesem Aspekt: „Anerkennung und so auch Folgeleistung sind in diesem Typus an direkten, objektiven Nachweis der Sachkunde gebunden. Das heißt aber, daß diese Autorität auf jede Herausforderung (durch ein zu lösendes Problem, Zweifel der beeinflussten Partei oder auch Selbstkritik) mit einem neuen Beweis antworten muß und unmittelbar nach Lieferung solcher Unterlagen wieder aufgehoben ist.“⁴

Die Autorität politischen Handelns ist mehr als jede andere an vereinbare und unvereinbare Voraussetzungen von höchst komplizierter Struktur gebunden. Man

denke nur an die zahllosen Ein- und Widersprüche, die sich gegenwärtig aus dem Wertbezugssystem „Soziale Gerechtigkeit“ ergeben. Aus diesem System funktionale Sachverständigkeit für ein größeres Publikum glaubhaft zu legitimieren, ist ein wahres Kunststück, wenn nicht gar die Quadratur des Kreises. Dabei wird oft übersehen, daß die Autoritätsträger über die Voraussetzungen ihres Handelns nur partiell verfügen können. Möglicherweise haben sie auf einige keinen, auf andere nur einen sehr geringen Einfluß.

In der Perspektive des wahlfähigen Bürgers ist der bereits eingangs erwähnte Zusammenhang von großer Bedeutung, der sich aus der Personalisierung program-matischer Aussagen einer Partei ergibt. Kandidaten werden erst glaubhaft, wenn ein wechselseitiges System der Identifikation zwischen ihnen und der mehrheitsfähigen oder zumindest mehrheitsbildenden Gruppe besteht. Da das Publikum weit überwiegend nicht aus Textanalytikern, Politikwissenschaftlern und Parteisozio-logen besteht, ist die Urteilsbildung auf die Übereinstimmung von Aussagen und Verhalten des politischen Spitzenpersonals und den bekannten Programmtenden-zen einer Partei konzentriert.

Wird diese Übereinstimmung fraglich oder bleibt sie dauerhaft offen, so reagiert je nach Bedeutung der in Frage stehenden Sachaussage oder Handlungsweise vor allem nach relativ kurzer zeitlicher Frist die Minderheit der Wechselwähler. Sie sind, bedingt durch die Struktur unseres Parteiensystems – zwei fast gleich starke große Parteien und eine stets um ihre Existenz ringende kleine Partei – weithin bestimmend für die Mehrheitsbildung. Ob auch Stammwähler folgen, hängt von der motivierenden, in der Regel existentiellen Bedeutung des umstrittenen Sach-verhalts und mit dem offensichtlich gewachsenen Potential der Bürgeremanzipa-tion von Umfang und Wirkung außerparlamentarischer Gruppen und deren Nähe zu dem in Frage kommenden Spektrum der Stammwählerschaft einer Partei ab. Alle diese Phänomene ließen sich in den letzten Jahren im Blick auf die Verhaltens-dimensionen der Parteien und ihres Führungspersonals nicht nur beobachten. Sie sind auch als Belastungen der Autorität der Parteien mittelfristig verallgemeine-rungsfähig.

Die Parteien unter dem Eindruck der Belastungen

Das Selbstverständnis von Volksparteien kann sich auf verschiedene Sachver-halte stützen, so zum Beispiel auf die Sozialstruktur der Mitglieder oder/und der Wählerschaft der jeweiligen Partei oder auf die Ergebnisse des Interessenausgleichs innerhalb einer Partei oder, wenn die betreffende Partei gerade die Regierung trägt oder mitträgt, auf den Interessenausgleich in der Balance zwischen Partei und Regierung. Der Umgang mit den organisierten Interessen in einer Partei ist jedoch entscheidend wichtiger als die Sozialorientierung der Mitgliedschaft, die auch von

einer Vielfalt anderer Motive getragen werden kann, zum Beispiel von solchen rein ideologischer Art. Diese betreffen meist den kulturpolitischen, den staats- und den wirtschaftsphilosophischen Bereich.

Seit dem Godesberger Programm der SPD vom Jahr 1959 bezieht sich die Konkurrenz aller Bundestagsparteien auf die umfangreiche Wählerschaft der Mittelschichten. Was dort keinen Erfolg versprach, geriet auch bei der SPD zunehmend in die Nähe eines Sperrvermerks. Das Schlagwort von der „Neuorientierung“, interpretiert als Abwendung vom Marxismus, war dabei wirksamer als die Programmaussagen selbst, boten sie doch nach wie vor auch Marxisten eine Heimat in der SPD. Von nun an wurde es für die großen Parteien schwieriger, voneinander Abstand zu halten und Alternativen zu entwickeln. Zeitweilig verlagerte sich die politische Auseinandersetzung auf den ostpolitischen Bereich der Außenpolitik. Innenpolitisch waren die Unterschiede in den ordnungspolitischen Vorstellungen bei gleichem Publikumsbezug gering. Hier ist zu erinnern an die Neuregelung der Mitbestimmungsfrage, an den Radikalenerlaß unter dem Eindruck der Terrorszene oder an die Notstandsgesetze. Selbst in Bereichen der sittlich-moralischen Grundwerte blieben die Unterschiede geringer, als sie aufgrund vorgegebener Wertbindungen hätten sein müssen, so in der gesetzlichen Neuregelung der Ehescheidung und des Paragraphen 218.

Sieht man von der Bildungsreform ab, die zum größeren Teil außerhalb des mehr wirtschaftlich geprägten klassischen Interessenspektrums liegt, so bewegte sich der umfangreiche Rest im Bereich der Befriedigung materieller Ansprüche, die, wie beim Kindergeld, zugleich eine Reaktion auf die durch die Bildungsreform verursachte Ausweitung des sekundären und tertiären Sektors unseres Bildungswesens darstellte. So fraßen die materiellen Reaktionen einen großen Teil notwendiger Zukunftsplanungen in einer Zeit, als die Nutzung der bisherigen Reichtümer dieser Erde als existentielles Problem bereits deutlich erkennbar war, und die Entwicklung der Technik – aus Eigengesetzlichkeit und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt – die strukturellen Veränderungen in den Produktionsverfahren der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bereits einleitete. Dies gilt auch für die so unglücklich verlaufene Diskussion um die Nutzung der Atomkraft, wodurch sich die stets latente Kulturkritik auf die technische Kultur und damit auf das Kerngebiet der industriellen Leistungsgesellschaft verlagerte und so ein neues Interessenspektrum produzierte.

Die Fixierung des Ringens um die Wählergunst auf die Mittelschichten belastet aber auch den Interessenausgleich innerhalb der Parteien und damit ihre Integrationsfähigkeit. Die SPD, als Trägerin der Hauptlast der Regierung mehr in der Rolle des Hasen, ist hier in einer besonders schwierigen Lage, während die F.D.P. den Igel zu spielen versucht. Niemand weiß genau, wieviel Anhang jeweils der klassische linke Flügel, die kulturkritische Linke um Erhard Eppler und die gewerkschaftliche Gruppe in der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfra-

gen) an der Basis hat. Die Übereinkunft des Godesberger Programms ist dadurch nicht in Gefahr, wohl aber das Bild, das sich in der Öffentlichkeit im Hinblick auf diesen Vorgang verfestigt hat.

Die latente Technikphobie der Parteilinken um Eppler und die marxistische Linke alter Art sind für die SPD keine alternativen Aktivposten der Erneuerung. Ihr gemeinsames Engagement in der Friedensbewegung trägt vielmehr alle Kennzeichen der gleichen Ängste wie die mit Recht beunruhigten Bürger. Hier werden nach unzureichender Interpretation der Regierungspolitik weder Führung noch Integration in Richtung auf Parteiengagement eingebracht. In Wahrheit hat das linke Führungspersonal der SPD wesentlich zur Komplettierung und Integration radikaler Thesen auf den Gebieten Umweltschutz, pazifistische Tendenzen zur Friedenserhaltung gegen NATO-Doppelbeschluß und Überlebensprobleme der Länder der Dritten und Vierten Welt im sogenannten Nord-Süd-Gefälle beigetragen und damit zu einem Programm, dessen Spuren neben denen der offiziellen SPD-Politik verlaufen. Die Sublimierung von Ängsten zu Politik trägt eher die Züge eines chaotischen Finales, wo kraftvolles neues Denken und Handeln in überzeugender Geschlossenheit nötig wäre.

Die CDU/CSU zielt derweil mit nahezu gleichbleibender Intensität auf den schwächsten Punkt des Gegners, das brüchige Verhältnis des Kanzlers zu seiner Partei, so, als würde sich das Problem der Integration der Interessen für die Opposition kaum stellen. Um einen Problemkreis herauszugreifen, so ist die Zielvorstellung „Atomkraftwerke in größerer Zahl und schneller“ selbst im Blick auf den Arbeitsmarkt keine hinreichende Alternative, sondern die grundlegende Aufarbeitung der zukünftigen Energieversorgungslage unter Berücksichtigung der Faktoren weltweit wachsende Armut, schwächere Märkte, geringeres Wachstum, Entwicklung der Rohstofflage, vor allem der Primärenergie, soziale und materielle Folgen der Arbeitslosigkeit und speziell der Jugendarbeitslosigkeit. Eine politische Alternative muß ihre Integrationskraft entwickeln, bevor sie Verantwortung für die Regierung eines Landes übernimmt. Hier ist der Blick zu starr auf den Gegner und zu wenig auf die Ängste und Sorgen des Publikums gerichtet. Im Gegensatz zu dem „Divertissement der Politik“ in der SPD setzt man sich den problematischen Nöten des Publikums möglichst gar nicht erst aus und schiebt sie in den Verantwortungsbereich der Regierungsparteien. Ob dem teils weise, teils heftig kritisierenden Zaungast wohl noch etwas zufällt, wenn die Verantwortlichen die Tafel leergegessen haben?

Angesichts dieser Strategie, die natürlich auch eine personelle Komponente hat, erscheint das Führungsproblem leichter lösbar. Qualität und Breite des Spitzenpersonals sind mehr als befriedigend. Profile gibt es genug, nur, für was sie stehen, wird als Gruppen- bzw. Parteimeinung zu wenig deutlich. Die einmalige Chance der Oppositionsparteien besteht darin, daß ihr Spitzenkandidat seine Integrationskraft nicht an der inneren Front abzunutzen braucht, sondern sie voll auf das

verunsicherte Wahlvolk ausrichten kann. Dies geschieht jedoch nicht. Der Vorsitzende der Fraktion und befristete Kanzlerkandidat verbraucht sich an der Parteienfront, während die anderen Anwärter klug und durchaus überzeugend und gemessener zürnend mehr vom Rande des heißen Tellers her argumentieren, weil sie offenbar das Straußsche Nordlichter-Syndrom besser überstanden haben.

Im Hinblick auf die intermediäre Funktion der Parteien erkennen die Oppositionsparteien offenbar zu wenig die Gefahr, die dem Ansehen der Parteien schlechthin droht. Der übliche Wechsel von Regierungs- und Oppositionsparteien erfolgt, wann und wie auch immer, diesmal nicht in einem Klima zukunftsfroher Kontinuität gemeinsamer, durch die Verfassung garantierter Grundvorstellungen und durch das schlichte Abwandern von Wählerstimmen hin zu einer neuen regierungbildenden Mehrheit. Das Wahlvolk ist vielmehr von einer tiefgehenden Verunsicherung erfaßt, die sich unter anderem auch in der wachsenden Sparquote und im Rückgang der Investitionsfreudigkeit widerspiegelt. Große Teile des Publikums erkennen immer deutlicher, daß es sich nicht nur um eine vorübergehende Führungsschwäche und um eine kurzfristige Flaute, sondern um eine Reihe von Jahrhundertproblemen handelt. Da kann man nicht aus dem Handgelenk das eigene Schiffchen wieder flott machen. CDU und CSU müssen die Kraft und die Stärke haben, von sich aus die Parteien wieder zum Miteinanderreden zu bringen, wie es in Ansätzen in den letzten Bundestagsdebatten zu erkennen war.

Eine ambivalente Rolle nimmt im Quartett der Bundestagsparteien die F.D.P. ein. Stets in der Gefahr, in den Ländern und möglicherweise in der Folge auch im Bund von einer Willensbildungspartei im jeweiligen Parlament auf den Standard einer Meinungsbildungspartei außerhalb des Parlaments abzusinken, ist ihre kommunikative Kraft begrenzt durch ihre bundesweite Organisation und ihre geringe Mitgliederzahl. Ständig bemüht, Liberalität als Markenartikel der Partei auszuweisen, hat die Koalition mit der SPD durchaus ähnliche Schwierigkeiten für den innerparteilichen Interessenausgleich mit sich gebracht, wie sie vordem durch die Koalition mit der CDU/CSU zur Aufspaltung der Führungsgruppe der Partei führte. Auch die F.D.P. hat ihren Moralisten in der respektablen Seriosität eines William Borm, der zwar keine Gruppe hinter sich hat, aber doch Anhänger, die sich an seinem Urteil orientieren⁵. Hinzu kommen die Konflikte zwischen den „Jungen Liberalen“ und den Jungdemokraten, die nicht ausgeräumten Spannungen mit der Berliner Landespartei und mehr noch die Kämpfe in einigen Basisorganisationen zwischen Vertretern handwerklicher Interessen und den jüngeren Ideologen in der Partei.

So legitim eine kleine Partei im Parteienspektrum der Bundesrepublik auch immer ihren Platz sucht, wo die Berechenbarkeit des eigenen Erfolgs aufhört und damit Existenzsorgen beginnen, übertragen sich das Dauersyndrom der Koalitionsaussagen und die daraus resultierenden Unsicherheiten auch ein wenig auf die Glaubwürdigkeit aller Parteien. Mehr noch wird dieser Negativeffekt durch die

Tatsache bewirkt, daß die beiden ungefähr gleich großen Parteien mit ihrem großen Wähler- und ihrem beträchtlichen Mitgliederreservoir dem wesentlich kleineren Partner Konzessionen von oft kaum abschätzbarer Bedeutung machen müssen, wenn sie in die Regierungsverantwortung gelangen wollen. So wird das demokratische Institut, daß Mehrheiten das Handeln in einer Demokratie bestimmen, zumindest teilweise in Frage gestellt. Finanzierungsschwierigkeiten und deren Bewältigung belasten die Autorität aller Parteien, werden doch Spenden von einer gewissen Höhe an nicht ohne spezifische Absichten gegeben.

Mögen sich solche Absichten im Zielgebiet auch teilweise gegenseitig aufheben, wo sie den Drittelanteil der drei Geldquellen Parteibeiträge, staatliche Wahlkampf-kostenerstattung, Spenden überschreiten, ist die Frage nach der Unabhängigkeit legitim. Als kleine Partei mit großer Flächenausdehnung ist die F.D.P. von Finanzierungsschwierigkeiten noch stärker betroffen. 1976 erreichte ihr offiziell ausgewiesener Spendenanteil an den Gesamteinnahmen 50,2 %⁶. Daß die Neigung der Wähler dieser Partei, der „Partei der Köpfe“ auch als Mitglied beizutreten, geringer ist, kennzeichnet eine Mentalität, welche die Parteiführung nicht zu vertreten hat.

Professionalität und Kommunikation

Belastungen für alle Parteien ergeben sich aus der seit Jahren zu beobachtenden Professionalisierung der politischen Funktion. Sollen die Mandatsträger angesichts der immer noch wachsenden Differenziertheit politischer Probleme und einer festgefügtten Bürokratie ihre Aufgaben im Sinn effektiver gesetzlicher Regelungen und vertretbarer Handlungsdirektiven bewältigen, so ist dies heute nur noch in einem 12- bis 16-Stunden-Tag möglich, der sie weitgehend an den Ort des Geschehens, das Parlament und seine nähere Umgebung, bindet. Das zieht von der Basis weg und erweitert in der Folge die Professionalisierung der Kommunikationswege und -mittel. Persönliche Kontakte werden durch Prospekte, Broschüren und andere Medien aus der Hand von Werbefachleuten und Journalisten ersetzt oder zumindest verdrängt⁷. Mehr noch aber werden die Aussagen der Spitzenpolitiker in enge, angeblich werbewirksame Schablonen gezwängt, die in den Büros der Referenten und nicht in den Diskussionsforen der Mitglieder- oder gar der öffentlichen Versammlungen entstanden sind. Wo man die Öffentlichkeit sucht, wird diese mit Aussagen abgefunden, die man in den Schlagzeilen und im Fettgedruckten jeder Tageszeitung nachlesen kann. Wozu also dann noch die persönliche Begegnung suchen? Die Wahlversammlung in der bedeutsamen Phase hin zu wichtigen Entscheidungen hat durch diese Entwicklung bundesweit völlig an Bedeutung verloren.

Die Folgen sind offenkundig. Die Profi-Politiker führen ihre Diskussionen weit überwiegend untereinander. Sie sind immer mehr auf die veröffentlichte Meinung

angewiesen und reagieren auf diese mehr als auf – wenn auch ausschnittshafte – Aussagen eines echten Publikums. Wie entwöhnt viele Politiker von den Reaktionen eines laienhaften Publikums sind, deutet sich auch im Verhalten von Spitzenpolitikern in Fernsehdiskussionen mit einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt an. Natürlich verändert das Medium die Gesprächssituation auf beiden Seiten. Aber das Verhalten des Probanden ist doch meist sehr gereizt, nur durch Provokation aus der Sprachschablone herauszulocken, oft väterlich-arrogant und vom Podest herab, wie man es sonst nur bei einigen zur Süffisance neigenden Fernsehkommentatoren beobachten kann.

In den Anpassungsschwierigkeiten einer forensischen Situation deutet sich ein gefährlicher Verfremdungsprozeß an, der sich immer mehr auf die politischen Sprachcodes auswirkt. Nur die Kommunikation in echten Publikumsbegegnungen fördert einen Anpassungsprozeß in den sprachlichen Ausdrucksmitteln, der Verständigung erst möglich macht. Giorgio Braga schreibt hierzu:

„Untersuchungen über das Verständnis politischer Mitteilungen im Fernsehen haben erwiesen, daß eine große Anzahl von Ausdrücken, die von berufsmäßigen Politikern benutzt werden, von den Fernsehteilnehmern nicht verstanden wird... Diese Schwierigkeit des gegenseitigen Verständnisses wird durch eine ‚Einstimm‘-Phase gemildert, während der jede kommunizierende Person versucht, ihren Code dem der anderen anzupassen. Diese Einstimmphase ist weitgehend durch die Struktur der Kommunikation bedingt. Dieser Prozeß ist unterschiedlich in Situationen, wo es nur zwei kommunizierende Individuen... gibt, und jenen, wo die Empfänger eine Gruppe bilden... und Antwortkommunikationen globaler oder peripherer Natur sind. Dieser Unterschied vertieft sich, wenn eine Nachricht an eine große Öffentlichkeit gerichtet ist, wie z. B. im Fall der Massenmedien, oder wenn die Antwortkommunikation schwierig und verzögert und die periphere Kommunikation nicht existent oder spärlich sind.“⁸

Gewiß ist nicht damit zu rechnen, daß durch irgendeinen Kunstgriff das Publikum in überschaubaren Versammlungen von Spitzenpolitikern informiert und aufgeklärt werden kann. Dies kann auch im Schneeballsystem geschehen, etwa durch bessere Hintergrundinformationen für lokale und regionale Politiker. Viel wichtiger sind die umgangssprachlichen Erfahrungswerte, die Spitzenpolitiker im unmittelbaren Umgang mit unterschiedlichen Wählerschichten wenigstens gelegentlich gewinnen, um ihrer Sprache anstelle aufgesetzter und routinierter Dialektik jene persönliche Note zu erhalten, die allein glaubhaft wirkt.

Blickt man auf das Ganze, so erscheint es unvermeidbar, daß zunehmende Professionalisierung weiter Teile der politischen Aktivitas die Kontakte mit Teilen der Wählerschaft und auch mit dem kleinen Publikumsausschnitt des Parteivolks einschränkt. Um so wichtiger ist die Frage nach der Qualität der parteieigenen Publikationen und nach persönlichen Begegnungen mit Funktionsträgern. Appellative Kurzformen und propagandistische Übertreibungen gehören zur politischen Alltagssprache. Sie gewinnen jedoch nur Autorität auf Dauer, wenn sie sich auf sachliche Information, alternative Interpretation und den Willen zur Überzeugung stützen. Fehlen diese grundlegenden Elemente glaubhafter Politik, so werden nur

Emotionen und Vorurteile geweckt, die bei ungünstigen gesellschaftlichen Veränderungen niemand mehr zu bändigen vermag. Was für ein Publikum meint man eigentlich, wenn man erwartet, es solle einer Partei folgen, die *alles* anders machen will? Die totale Alternative ist im Grund ein Programm für Aussteiger oder eine Wegweisung in chaotischen Zeiten des Umbruchs. So aber kann man die gegenwärtigen Zustände bei aller verständlichen neurotischen Aufgeregtheit nicht charakterisieren. Die Aussagen von Parteien und deren Autorität sind, wenn sie den Konsensus der Wertbezüge des Grundgesetzes stützen und bewahren sollen, immer nur ein anteiliger Ausschnitt aus der Gesamtautorität des Parteienstaats.

Autoritätsdefizite und ihre Folgen

Der Konsens über gemeinsame Wertvorstellungen bleibt von pluralistischen Interpretationen nicht unberührt, deren Legitimität ein Markenzeichen und ein konstitutives Element der Freiheit ist. Die Labilität der Autorität gehört zu den Kosten der Freiheit. Eine Gesellschaft mit dem uns vertrauten Freiheitsangebot ließe sich jedoch nicht aufrechterhalten, wenn die umstrittenen Autoritäten nicht alle ihre Überzeugungskraft einsetzen würden, um Vertrauen und Zustimmung zu gewinnen. Zynismus und Verzicht auf Überzeugung sind Kennzeichen eines destruktiven Relativismus.

„Autorität muß widerspruchsfrei sein wie eine Aussage, die Wahrheit beansprucht“, schreibt Ulrich Beer⁹. Hier würde ich die Grenze enger ziehen, selbst wenn Beer dies als verallgemeinertes Fazit eines erzieherischen Aspekts meint. Der Wahrheitsanspruch kann nicht ohne Berücksichtigung der Qualität der Aussage beurteilt werden. Auch Ergebnisse menschlichen verantwortlichen Ermessens können Autorität beanspruchen, und sie sind in der Politik nun einmal viel häufiger anzutreffen. Enger ziehe ich die Grenze dort, wo einer Aussage und auch einer Person im einzelnen noch widersprochen werden kann, und das Ganze in beidem dennoch Autorität erwarten darf und in der Regel auch zugesprochen erhält. In sich widersprüchliche Wesen können nur selten etwas Nichtwidersprüchliches produzieren.

Wie jede menschliche Kultur braucht unsere Gesellschaft Autorität. Selbst einer der profiliertesten Kritiker von Autoritäten der 60er Jahre, Gerhard Szcesny, schreibt schon 1974:

„Das Zögern derer, auf die es ankäme, in ihr Welt- und Menschenbild Werte wie Autorität, Hierarchie und Disziplin aufzunehmen, ist verständlich, aber verhängnisvoll... Nicht nur die Gestaltung des einzelmenschlichen Wesens ist ohne eine verbindliche Orientierung nicht zu leisten, auch eine verlässliche Zukunft für die Menschheit insgesamt ist ohne den Willen, humane Werte zu setzen und durchzusetzen, nun nicht mehr zu haben.“¹⁰

Als Symptome schwächerer Führungskraft der Parteien werden, oft sogar von

ihren Führungskräften, nachlassender Zukunftsglaube und fehlende Wert- und Gesellschaftsorientierung genannt. Gerade von der Autorität der Politiker aber muß erwartet werden, daß sie das Zukunftsbild, an dem die Bürger den Ablauf ihres Lebens orientieren möchten, den sich verändernden Umständen anzupassen vermögen. Eine Rezession ohne großen Schaden durchzustehen und dazu Wege aufzuzeigen, ist schließlich in weltweit schwereren Zeiten auch eine Zukunftsperspektive. Natürlich kann man diese Wege schwerer finden und noch schwerer glaubhaft machen, wenn jener Staat leere Kassen vorweist, der Jahre hindurch als ein allzu freigebiger Wohltäter fungierte. Handlungsspielraum ist nun einmal eine wesentliche Voraussetzung für Autorität. Das ist bei der Beurteilung der Regierungsparteien nicht prinzipiell anders als bei der Einschätzung von Führungsfunktionen in einem Betrieb.

Wie kann zudem Vertrauen wachsen, wenn aus den Reihen der SPD ein 50-Milliarden-Programm zur Arbeitsbeschaffung gefordert wird und die Regierung 40 Milliarden beschließt, während fast jeder Bürger um die leeren Kassen und die hohe Schuldenlast der öffentlichen Hände weiß und ebenso um die Überforderung des Kapitalmarktes, bedingt durch ein hohes Zinsniveau, ohne das wiederum unsere Leistungsbilanz sich verschlechtern würde? Man ließe also über die Mehrwertsteuer die Preise steigen, für kinderreiche Arme ebenso wie für kinderlose Reiche, und dies ohne Verdeutlichung der Gründe, und sei es nur ein Rechenexempel.

Die Oppositionsparteien bieten den nach Orientierung suchenden Bürgern nur den „Strohalm in der Not“, wenn ihre Argumente überwiegend aus begründeten Schuldzuweisungen an die Adresse der Regierungsparteien bestehen und sie mit der taktischen Bemerkung: „Wir werden doch die Regierung nicht aus der Verantwortung entlassen“ nur sparsam Alternativen einbringen.

Autoritäten können nur wachsen aus der sorgsam Pflege zwischenmenschlicher Beziehungssysteme. Nur im Verein mit anderen kann man in der Regel prüfen und wirksam kontrollieren, ob ein politisches Ziel einschließlich der dabei angewandten Methoden oder ein Politiker mit seinen Absichten und seinem Handeln Ansehen, Anerkennung und Unterstützung verdient. Wir leiden in diesem Zusammenhang unter einer falsch verstandenen Liberalität mit einer ausgeprägten individualistischen Tendenz.

Bei einer Standortbestimmung des politischen Liberalismus drückt diese Tendenz Andreas von Schoeler so aus: „Jedem soll ermöglicht werden, sich mit friedlichen Mitteln anders zu entwickeln als seine Mitmenschen und auf dieser Basis für seine Werte zu werben, damit das nötige Maß an Konsens zur Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhaltens erreicht wird“ und, so meint er, die Menschen könnten „ihre Identität letztlich nur in ihrer Differenz zu den anderen finden“¹¹. Hier fehlen zwei entscheidende Aspekte. Für das eigene Anderssein zu werben, genügt nicht, um einen Konsens ausgerechnet mit dem Ziel des Zusam-

menhaltens zu erreichen, sondern dies erfordert, auf den anderen zuzugehen, ihn zu respektieren, Anknüpfungspunkte zu suchen, sich am kritischen Urteil des anderen zu prüfen und in der Gruppe die sozialen Wirkungen des Andersseins zu sondieren. Identität lebt nicht nur von der Unterscheidung von anderen, sondern aus den Wertschätzungen der Mitmenschen und vor allem von ihrer Liebe.

Die Bundesrepublik ist als offene Industriegesellschaft von ihrer Struktur her ein Parteien- und Verbändestaat. Die Autorität dieser für den Minimalkonsens aller Gruppen unverzichtbaren Zusammenschlüsse hängt nicht nur von deren Anspruch und Verhalten ab. Die Urteilsbildung der Bürger kann nur dann hinreichenden Realitätsbezug gewinnen, wenn der Meinung Wissen und Kenntnisse vorausgehen. Es ist beschämend, daß diese machtvollen Gebilde es nicht vermochten, die staatlichen Bildungsinstitutionen zu einer auch nur einigermaßen befriedigenden Vermittlung von Grundkenntnissen über Sinn, Aufgaben, Möglichkeiten, Grenzen und Methoden der Parteien und Verbände zu veranlassen. Wie soll eine freie Gesellschaft auf Dauer gesehen funktionieren, wenn nicht in allen Schulen ein weithin übereinstimmender Fundus an Fakten so sachlich wie möglich vermittelt wird, bevor man diese der Kritik aussetzt? Grenzen deutlich zu machen, ist dabei nicht nur besonders wichtig, sondern auch möglich, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerungsgruppen, welche die Autorität der Parteien gegenwärtig kaum erreicht, so zum Beispiel die ökologisch orientierten, ihrerseits auch von Grenzwerten der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehen¹².

Die Autorität der Parteien wird voraussichtlich in den Wahlkämpfen dieses Jahres ausreichen, um das Veränderungspotential an Wählerstimmen untereinander zu bewegen. In der mittleren und älteren Generation gewinnen die existentiellen wirtschaftlichen Probleme so an Bedeutung, daß die Risikobereitschaft hin zu meist rückwärts gerichteten grundlegenden Alternativen kaum wachsen dürfte. Alternative Gruppen und Listen haben aber eine Chance, wenn es ihnen gelingt, ihren Anhang unter den meist wahlmüden Jungwählern zu aktivieren. Unentwickelter Realitätsbezug, geringere Kosten-Nutzen-Orientierung, trübe Zukunftsaussichten und eine schlechtere Ausstattung aus einem gerade hier grobmaschigen sozialen Netz fördern alternative ideologische Strömungen und machen offen für Tabula-rasa-Tendenzen entsprechender politischer Gruppen.

Schon nach der Shell-Untersuchung '79 stufen die befragten Jugendlichen unter 17 angeführten Interessengebieten die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt auf Platz 1 ein. 82 % der 18- bis 24-jährigen halten 1980 nach einer Infratest-Untersuchung Reformen auf diesem Gebiet für dringend notwendig. Daß „der technische Fortschritt unser Leben zerstört“, fürchten nach Shell '79 35% der Jugendlichen. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zieht daraus den Schluß: „Die Sorge, daß die Erwachsenen Lebensraum und Ressourcen ausbeuten und Zukunftsbedarf außer acht lassen, bringt ein latentes oder offenes Mißtrauen gegenüber der gegenwärtigen Politik mit sich.“¹³

Die gerade erst auf den Markt geworfene und doch schon vieldiskutierte Shell-Untersuchung „Jugend '81“ bezieht sich konkreter auf die Autorität der Parteien in der jungen Generation. Dort (Bd. 3, 100) zeigt sich das Verhältnis zu den Parteien auf die Frage „Welche politische Gruppierung steht Dir alles in allem genommen am nächsten?“ (Angaben in %, n = 1077, Auszug):

	Gesamt	Alter		sieht Zukunft eher		wohnt zu Hause	
		18–20	21–24	düster	zuversichtlich	ja	nein
CDU/CSU	18	17	20	15	21	20	13
SPD	24	27	26	20	29	21	30
F.D.P.	6	5	7	6	6	5	7
Grüne/Alternative	20	22	23	27	11	17	29
DKP	0	0	0	0	0	0	0
Keine	32	28	23	31	33	36	21

52 % und damit die Mehrheit der Befragten werden also von den Parteien nicht angesprochen, wobei jene, die sich abgewandt haben, zugleich eine überwiegend negative Zukunftsperspektive entwickeln. Der gleiche Kreis orientiert sich viel stärker an Gleichalterigen als an der älteren Generation. Dies drückt sich auch in der weitaus häufigeren Trennung vom Elternhaus aus.

Insgesamt gesehen ist die schwächere Autorität der Parteien in der jungen Generation kein separater Vorgang, sondern offenkundig ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Ambivalenz der Autorität zwischen den Generationen. Die Jugenduntersuchungen deuten damit an, daß eine neue Autorität der Parteien nicht als eine Aufgabe der parteilichen Jugendorganisationen gesehen werden kann, sondern als ein genuines Problem der Parteien in der jeweiligen Gesamtorganisation und als Ganzes gelten muß.

Das Ansehen der Parteien in einer offenen Gesellschaft hängt nicht nur von der formalen oder gar rechtlichen Anerkennung dieser Offenheit ab, sondern vielmehr von der Intensität und den Formen ihres Umgangs mit den Bürgern, die eben dieser Charakteristik entsprechen. Offenheit ist hier eine Form der Zuwendung zum Publikum, die dessen Sorgen aufnimmt, Wege zu ihrer Behebung prüft und sie so zu politischen Forderungen und Aktivitäten sublimiert. Gerade in diesem Zusammenhang muß in der Konkurrenz der Parteien vermieden werden, daß Wunschträume scheinbar befriedigt werden, die in Wahrheit unerfüllbar sind. Zustimmung, Teilzustimmung und Ablehnung müssen jedoch einsichtig sein. Die Parteien dürfen sich nicht darauf beschränken, ihre Aufgabe als eine politisch-institutionelle zu sehen, sondern müssen ihre intermediäre gesellschaftliche Bestimmung erkennen. Schaut man auf die Jugend, so ist der Boden bereits ziemlich steinig, will man depressive Tendenzen beheben, die in den folgenden Urteilen junger Leute offenbar werden: „Es ist eine fürchterliche Gesellschaft, weil in dieser Gesellschaft in Deutschland alle so hart sind.“ „In dieser Gesellschaft, da hat jeder ein böses Gesicht, ist in sich gekehrt, alle unheimlich verbittert.“¹⁴

Die Vertrauensbasis der Parteien in Deutschland ist aufgrund einer traditionell hierarchisch geprägten Struktur seit jeher ziemlich schmal. Sie könnte vollends dahinschwinden. In Zeiten eines allgemeinen Stimmungstiefs erwarten die Bürger Parteien, die sich entschlossen ihren Nöten zuwenden und nicht in endlose rechthaberische Debatten untereinander verstrickt sind.

ANMERKUNGEN

¹ K. Hesse, Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, in: Beitr. z. allg. Parteienlehre (Darmstadt 1969) 141.

² Stat. Berichte der Zentralen Mitgliederkartei (CDU), Jahrbücher SPD und Mitteilungen der F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle.

³ Politogramm, Infas-Report Okt. 1980, 17.

⁴ H. Hartmann, Funktionale Autorität (Stuttgart 1964) 59.

⁵ K. Schröder, Zur Programm- und Standortdiskussion der F.D.P., in: Kaack/Roth, Handbuch des deutschen Parteiensystems, Bd. 2, 156.

⁶ Bundesanzeiger Nr. 219.

⁷ H. Kaack, Zur Struktur der politischen Führungselite in Parteien, Parlament und Regierung, in: Kaack/Roth, a. a. O., Bd. 1, 215 ff.

⁸ G. Braga, Das „System der Kommunikation“ als intermediäre Struktur zwischen Gesellschaft und Sprache, in: Zur Soziologie der Sprache, 15/71, Kölner Zschr., 53.

⁹ U. Beer, Welche Autorität hat Zukunft? in: Unsere Jugend, Nr. 5, 1975, 206.

¹⁰ Bei Beer zitiert nach G. Szcesny, Die Disziplinierung der Demokratie oder die vierte Stufe der Freiheit (Reinbek 1974).

¹¹ A. v. Schoeler, Ist das Verhältnis zwischen Bürger und Staat gestört?, in: Frankfurter Rundschau, 16. 6. 79.

¹² GLU Hamburg, Programm v. 7. 4. 78.

¹³ Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Jugend in der Bundesrepublik heute. Aufbruch oder Verweigerung, Nov. 81, 10f.

¹⁴ Jugend 81, Bd. 1, 470.